

Ukraine, Belarus, Republik Moldau und der südliche Südkaukasus

Iris Kempe

Die östlichen Nachbarstaaten der Europäischen Union Belarus, die Ukraine, die Republik Moldau, Armenien, Aserbaidschan und Georgien befinden sich weiterhin im dreifachen Transformationsprozess der Etablierung von Demokratie, Marktwirtschaft und eines Nationalstaates. Dieser Prozess verläuft oftmals nicht gradlinig, sondern ist begleitet von zahlreichen Problemen und Konflikten. Die Europäische Union versucht hierbei den östlichen Nachbarstaaten eine attraktive Perspektive anzubieten – ohne ihnen aber institutionelle Möglichkeiten einzuräumen. Um einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen zwischen der Europäischen Union und ihren östlichen Nachbarstaaten zu erlangen, muss sowohl die Entwicklung in den Nachbarstaaten selbst untersucht werden, als auch die Ostpolitik der Europäischen Union. Die Europäische Union hat 2010/2011 an ihrem bisherigen Kurs gegenüber den östlichen Nachbarstaaten festgehalten. Oberstes Ziel ist es ein Rahmenabkommen zu vereinbaren, das als Nachfolgeabkommen der Ende der 1990er Jahre unterzeichneten Partnerschafts- und Kooperationsabkommen fungiert. Dazu verhandelt die Europäische Union mit allen östlichen Nachbarstaaten, mit Ausnahme von Belarus, Assoziierungsabkommen. Diese Abkommen enthalten umfassende Möglichkeiten der sektoralen Kooperation auf wirtschaftlicher (Freihandelsabkommen), gesellschaftlicher (Visaabkommen) und politischer Ebene. Sollten diese Abkommen in Kraft treten, wären sie ein Wegweiser zu einem Beitritt zur Union. Allerdings wäre nur eine Beitrittszusage ein nachhaltiges Instrument zur Gestaltung der Transformation.

Um die Annäherung der Nachbarstaaten an die Union zu unterstützen, verfolgt die Europäische Union seit Ende 2008 das Programm der östlichen Partnerschaft. Neu an dieser Strategie ist die Beschränkung auf die östlichen Nachbarstaaten sowie die Einbindung von Nichtregierungsorganisationen als gestaltende Akteure. War dies zunächst eine richtungsweisende ostpolitische Initiative, so haben die Regimewechsel im Mittelmeerraum Anfang 2011 Forderungen nach einer Neujustierung der europäischen Außenpolitik ausgelöst. Erneut wurden Fragen nach finanzieller und strategischer Schwerpunktsetzung der europäischen Nachbarschaftspolitik erörtert. Von der polnischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011 werden richtungsweisende Signale dazu erwartet, wie sich die östliche Partnerschaft als eine ursprünglich polnisch-schwedische Initiative an die neuen Rahmenbedingungen anpassen kann. Die weitere Entwicklung der östlichen Nachbarschaftspolitik hängt auch davon ab, ob es der Europäischen Union gelingt, Russland und die Nachbarstaaten in eine gesamteuropäische Strategie einzubinden. Künftige Fortschritte hängen ganz wesentlich vom Transformationsprozess und dem Ausmaß der Orientierung der sechs östlichen Nachbarstaaten auf Europa ab.

Die Entwicklungen in den östlichen Nachbarstaaten. Bemühungen und Blockaden auf dem Weg nach Europa

Georgien

Die Entwicklungen in Georgien verdeutlichten auch 2010/2011, dass es der Regierung unter Präsident Saakashwili nicht gelungen ist, eine gesellschaftlich vermittelbare Strategie zum Umbau des politischen und wirtschaftlichen Systems anzubieten. Am Wichtigsten wäre es dabei zunächst, gegenwärtiger Härten zum Trotz, klar verständlich dargelegte Perspektiven aufzeigen zu können. Dementsprechend verläuft die Entwicklung oftmals ohne erkennbare Linie und zeigt sowohl Fortschritte als auch Rückschritte auf. Sensible Aspekte sind die zwar akut eingedämmten, aber langfristig noch nicht gelösten ethnisch-territorialen Konflikte mit Abchasien und Südossetien, das ungelöste Verhältnis zur Russischen Föderation sowie die angespannte ökonomische und wirtschaftliche Lage des Landes. Letztere ist geprägt vom ultraliberalen Reformkurs der Regierung. Es fehlt an einer leistungsfähigen Sozialpolitik, um angemessen auf Arbeitslosigkeit und Armut in Georgien reagieren zu können.

Die Innenpolitik des Landes steht bereits unter den Vorzeichen der Parlamentswahlen 2012 und der Präsidentschaftswahlen 2013. So verabschiedete das georgische Parlament am 5. November 2010 eine Änderung der Verfassung. Demnach soll nach den Präsidentschaftswahlen 2013 das georgische Regierungssystem von einer präsidentiellen in eine semipräsidentielle Demokratie geändert werden. Zahlreiche Kompetenzen des Präsidenten würden dann in die Zuständigkeit des Parlaments fallen. Der Präsident wäre dann zwar immer noch direkt gewähltes Staatsoberhaupt, Oberbefehlshaber über das Heer und richtungweisend in der Außenpolitik, jedoch läge das politische Tagesgeschäft dann beim Premierminister und seinen Ministern. In der Praxis wird vermutet, dass Saakaschwili mit der Verfassungsänderung versucht, sich über das Ende seiner Amtszeit als Präsident hinaus Einfluss auf die Politik in Georgien zu bewahren. Damit würde sich das georgische Regierungssystem dem russischen Regierungssystem annähern. Während sich die Stärkung des Parlamentarismus grundsätzlich positiv auf die Transformation auswirken kann, kritisierten der Europarat und die Venedig-Kommission, dass die Zuständigkeitsbereiche von Präsident und Premierminister vor allem in der Außenpolitik klarer getrennt sein müssten als in der bisherigen Version – sonst könne es zu gegenseitigen Blockaden kommen. Die georgische Opposition monierte, dass die Änderungen fast ohne öffentliche Debatten durch die von Saakaschwili dominierte Parlamentsmehrheit angenommen wurde und dies ihm den Machterhalt durch die Hintertür sichern kann.

Ein weiterer Rückschritt in der demokratischen Transformation des Landes waren die öffentlichen Proteste im Vorfeld der Feierlichkeiten zum nationalen Unabhängigkeitstag am 26. Mai 2011. Bereits mehrere Tage im Vorfeld hatte die außerparlamentarische Opposition mit öffentlichen Protesten den Rücktritt des Präsidenten gefordert. Mit dem Ende der genehmigten Demonstration am Vorabend der Feierlichkeiten ließ die Polizei die Kundgebung mit extremer Gewalt räumen. Es kam zu mehreren Todesopfern, Dutzenden von Verletzten und zahlreichen Inhaftierungen. Während die Regierung die Schuld bei russischen Provokationen suchte, fordert die georgische Öffentlichkeit eine unabhängige Untersuchung der Ereignisse.¹

¹ Statement of the First Working Group of the EaP Civil Society Forum on events of 26th of May in Georgia.

Außenpolitisch laviert sich Georgien nach wie vor zwischen dem angespannten Verhältnis zur russischen Föderation und den fehlenden Zusagen und Sicherheitsgarantien westlicher Akteure, insbesondere der EU und ihren Mitgliedstaaten, den USA und der NATO. Seit dem Ausbruch des russisch-georgischen Krieges im August 2008 ist es nicht gelungen, die diplomatischen Beziehungen zu Moskau wieder aufzunehmen.

Bei der europäischen Integration kam es 2010/2011 zu Fortschritten. Ergebnis war die Aufnahme von Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen. In diesem Kontext unterzeichnete die georgische Regierung im Januar 2011 ein Abkommen über den erleichterten Erhalt von EU-Visen, geknüpft an ein Abkommen zur Rückführung von illegal eingereisten Personen und führte Pässe gemäß biometrischen Standards ein. Wichtige Institutionen zur Sicherung von Frieden bleiben die EUMM (EU Monitoring Mission) ebenso wie die Genfer Gespräche zur Klärung des Konflikts zwischen Georgien und Russland. Beide Mandate wurden verlängert, wenngleich die Kritik an der Unzulänglichkeit des EUMM-Mandates, insbesondere wegen fehlenden Zugangs zu Abchasien und Südossetien, zugenommen hat. Die Genfer Gespräche stehen immer wieder unter dem Vorwurf nicht ausgewogen zu sein und nicht zur Lösung von Problemen zu führen.²³

Armenien

In der armenischen Innenpolitik ist es auch 2010 nicht gelungen, einen Ausweg aus der politischen Krise zu finden, die durch die Präsidentschaftswahlen im Februar 2008 ausgelöst wurde. Stattdessen kam es zu einer zunehmenden Distanzierung zwischen der Gesellschaft und der politischen Elite. Nach sowjetischem Muster versuchen Regierungsvertreter den NGO-Sektor für die politischen Interessen des Staates zu vereinnahmen. Der Europarat monierte die Verletzung der Pressefreiheit in Armenien. Laut dem Global Press Freedom Ranking von Reporters Sans Frontieres nimmt Armenien im Jahr 2010 den Platz 101 unter insgesamt 178 Staaten ein.⁴

Eine Annäherung Armeniens nach Europa wäre durch die Öffnung der Grenze zur Türkei denkbar. Nach ersten Durchbrüchen 2009 gelang es der Diplomatie aber nicht, erneute Rückschritte zu verhindern. Stattdessen unterhält Armenien enge Beziehungen zu Russland. Auf unterschiedliche Weise demonstrierte der Kreml auch in Armenien, dass die demokratischen Regenbogenrevolutionen grundsätzlich gescheitert sind – und dass die russische Regierung die Dominanz über das so genannte „Nahe Ausland“ durch wirtschaftliche Abhängigkeit und den Einfluss über ethnisch-territoriale Konflikte wieder zurückerlangt. Im August 2010 unterzeichneten der armenische und der russische Präsident eine Verlängerung der Stationierung russischer Truppen um insgesamt 49 Jahre.⁵ Zu einer öffentlichen Debatte über die strategischen Konsequenzen dieses Abkommens kam es so gut wie gar nicht. Die engen Beziehungen zwischen den beiden Staaten kam auch dadurch zum Ausdruck, dass sich die beiden Präsidenten im vergangenen Jahr bei diversen Anlässen insgesamt neun Mal begegnet sind.

2 CDM Leader Calls for Suspending Participation in Geneva Talks, in: Civil Georgia, Tbilisi, 21. June 2011.

3 European Diplomat on Russia-Georgia Conflict, in: Civil Georgia, Tbilisi, 23. März 2011.

4 Press Freedom Index, Reporters without Borders 2010.

5 Armenia in 2010. A Year of Uncertainty / The Civilitas Foundation Yerevan, Civilitas Foundation, 2010, S. 7ff.

Aserbaidshans

Bezeichnend für die Innenpolitik Aserbaidshans sind die Parlamentswahlen vom 7. Dezember 2010. Die Regierungspartei siegte, wie auch bei allen anderen Parlamentswahlen seit 1995, mit klarer Mehrheit. Der größte Oppositionsblock aus den Parteien Volksfront und Musavat konnte kein einziges Mandat erringen. Der Vergleich zwischen den Parlamentswahlen 2005 und 2010 offenbart die Konsolidierung der politischen Macht des Präsidenten und den schleichenden Niedergang der Opposition. Demnach haben die beiden wichtigsten Oppositionsparteien Musavat und Volksfront nur noch wenig Ausstrahlungskraft. Neuere Oppositionskräfte, wie das 2009 gegründete Netzwerk REAL (Respublikaci Alternativ), konnten sich nicht etablieren. In ihrer Wahlbeobachtung monierte die OSZE die demokratischen Verletzungen bei den Wahlen. Kritisiert wurden insbesondere die fehlende Versammlungsfreiheit und die restriktiven Möglichkeiten, um einen freien und fairen Wahlkampf zu verhindern. In Aserbaidshans hat sich unter dem Regime Aliiev eine Autokratie institutionell etabliert. Die Macht des Regimes basiert auf dem Einfluss eines Rentierstaates und dessen fehlendem Interesse an demokratischen Reformen.

Dem politischen Leben in Aserbaidshans haben die Parlamentswahlen 2010/2011 somit keine positiven Impulse gegeben. Sie haben weder neue politische Akteure noch ein verändertes Machtgefüge hervorgebracht. Die enge Verflechtung von Politik und Oligarchie, die Patronage und Günstlingswirtschaft und der Mangel an Pluralismus und Medien- und Meinungsfreiheit wurden als vorherrschende Merkmale des politischen Systems in Aserbaidshans einmal mehr gefestigt. Auch das neue gewählte Parlament wird seine konstitutionelle Rolle als staatliche Gewalt und als Kontrollinstanz für Exekutive und Jurisdiktion nicht einnehmen.⁶

Bis Anfang 2011 kam es in Aserbaidshans zu keinen öffentlichen Protesten oder einer friedlichen Revolution. Öffentliche Manifestationen der gesellschaftlichen Unzufriedenheit werden mit politischem Druck verhindert. Möglichkeiten zur öffentlichen Meinungsäußerung sind so gut wie nicht vorhanden. Dennoch hat die Opposition Nischen für ihre Aktivitäten gefunden, insbesondere über die sozialen Internetmedien, facebook und youtube. Auch angeregt durch die Proteste und Regimewechsel im Mittleren Osten kam es im März 2011 zu mehreren Kundgebungen mit dem Ziel, den Rücktritt von Präsident Aliiev und ein demokratisches Aserbaidshans zu erlangen. Das Regime reagierte darauf mit der üblichen Härte und verhinderte weitere Proteste mit administrativem Druck.

Die Beziehungen zwischen Aserbaidshans und der EU sind dominiert von dem europäischen Interesse, das Land als verlässlichen Lieferant europäischer Energie zu nutzen.⁷ Dies veranlasst die europäischen Institutionen zu einem insgesamt pragmatischen Kurs gegenüber Aserbaidshans, dem die mangelhafte Menschenrechts- und Demokratisierungspolitik des Landes oft untergeordnet wird. Ähnliches trifft auf die Haltung des Landes im Konflikt über Berg Karabach mit Armenien zu. So unterzeichnete Aserbaidshans am 13. Januar 2011 eine gemeinsame Erklärung zur Energiepartnerschaft zwischen Aserbaidshans und der Europäischen Union.⁸

6 Matthias Jobelius: Aserbaidshans nach den Wahlen. Kein Anzeichen für Demokratisierung, in: FES Perspektiven, Südkaukasus, Dezember 2010.

7 Uwe Halbach, Kamran Musayev: EU-Aserbaidshans: Nicht nur Energiepartner. Politische Reformen und friedliche Konfliktbearbeitung sollen mehr Gewicht bekommen, in: SWP-Aktuell 11, Februar 2011.

Belarus

Seit 2008 hatte die Europäische Union ihren Kurs gegenüber Belarus weg von der Isolation hin zu mehr Kooperation geändert und unter anderem den Visabann gegen Vertreter der belarussischen Elite aufgehoben. Gleichzeitig signalisierte das Regime in Minsk ebenfalls mehr Interesse an der Kooperation mit der Europäischen Union, was auch ein Versuch war, sich von der Abhängigkeit von Russland zu emanzipieren. Dieser Kurs war begleitet von vorsichtigen Signalen der innenpolitischen Transformation, wie die Änderung der Wahlgesetzgebung, die der demokratischen Opposition mehr Handlungsfreiraum ermöglichte.

Dieser Kurs nahm mit den Präsidentschaftswahlen am 19. Dezember 2010 ein abruptes Ende. Die Wahlen wurden trotz gradueller Verbesserungen von den internationalen Organisationen zur Wahlbeobachtung nicht als frei und fair entsprechend den Vorgaben der OSZE eingeschätzt. Nach dem Wahlen kam es am Abend des 19. Dezember zu einer Protestkundgebung.⁹ Das Lukaschenka Regime reagierte in voller Härte, indem es die Demonstration auflöste und fast alle Schlüsselvertreter der Opposition verhaften ließ. Es folgten lange Gerichtsprozesse, deren Ausgang zum Teil noch offen ist.¹⁰

Andere Entwicklungen markierten weitere Krisen und Risse im Regime.¹¹ Neben den politischen Gefangenen ist dabei die wirtschaftliche Krise des Landes zu nennen. Im Laufe des Jahres 2010 haben sich die ausländischen Schulden verdoppelt und sind bis zu 52 Prozent des Bruttosozialproduktes des Landes angestiegen. Die Währungsreserven des Landes haben drastisch abgenommen und das Land zu einer Entwertung des Rubels gezwungen. Die belarussische Bevölkerung reagierte mit Panikkäufen von Nahrungsmitteln, Konsumgütern und Divisen. Außerdem reagierten die Unternehmen mit Kurzarbeit und Zwangsurlaub für 600.000 aller Beschäftigten. Die soziale und wirtschaftliche Krise widerspricht den ideologischen Ansprüchen des Regimes Lukaschenkas. Im April 2011 kam es in Minsk zu einem Bombenschlag auf eine Metrostation im Zentrum, die 14 Tote und mehr als 200 Verletzte forderte. Die Behörden konnten in kurzer Zeit den Täter überführen, womit sich das Regime als handlungsstark in Krisensituationen zu präsentieren suchte.

Die Europäische Union reagierte auf die Wahlfälschungen und Eskalationen gegen Anhänger der Opposition mit politischen Sanktionen sowie der Verweigerung von Schengenvisen für rund 150 Vertreter des Regimes. Im Februar 2011 initiierte die polnische Regierung eine internationale Geberkonferenz in Warschau zur Unterstützung eines demokratischen Belarus, an der Vertreter aus 40 Staaten teilnahmen, darunter auch EU Mitgliedsstaaten und die USA. Ergebnis war die finanzielle Unterstützung der Zivilgesellschaft in Belarus in Höhe von 87 Millionen Euro.¹² Die Europäische Union ist mit ihren aktuellen Entscheidungen zu dem bisherigen Ansatz zurückgekehrt, das Lukaschenka Regime zu sanktionieren und dabei gleichzeitig der demokratischen Opposition weitgehende Unterstützung anzubieten. Damit wurden die positiven Signale für das kurzfristige politische

8 Joint Declaration on the Southern Gas Corridor, President of the Republic of Azerbaijan, Ilham Aliyev and President of the European Commission José Manuel Durão Barroso, 13. Januar 2011 in Baku.

9 OSCE/ODHIR: International Election Observation, Republic of Belarus – Presidential Elections, 19. Dezember 2010, Statement of Preliminary Findings and Conclusions.

10 Balazs Jarabik/Jana Kobzova/Andrew Wilson: The EU and Belarus after the Election, in: European Council on Foreign Relations, Policy Memo, Januar 2011.

11 Bilanz: Belarus nach der Präsidentschaftswahl, Nr. 1, Mai 2011.

12 Poland To Host Donor Conference For Belarus Opposition Groups, in: Radio Free Europe/Radio Liberty, 29. Januar 2011.

Tauwetter in Belarus beendet, ohne aber deutlich über die bisherigen Restriktionen hinauszugehen – wie beispielsweise die Verhängung eines Handelsboykotts.

Die Ukraine

Mit der Amtsübernahme durch Präsident Viktor Janukowitsch nach den Präsidentschaftswahlen im Februar 2010 kam es, trotz anderslautender Ankündigen, zu einer Verschiebung der innen- und außenpolitischen Entwicklung des Landes weg von der Europäischen Union und hin zu einer stärkeren Annäherung an Russland.¹³ Laut den Einschätzungen ukrainischer und internationaler Experten hat der Druck der Regierung auf demokratische Akteure im Land zugenommen. Um sein politisches Mandat zu stärken und weniger vom demokratischen Machtgleichgewicht im Land abhängig zu sein, ließ Janukowitsch die Änderungen der Verfassung im Zuge der orangenen Revolution hin zu einer Stärkung des Parlamentarismus am 1. Oktober 2010 rückgängig machen. Eine zweite Plattform des Stopps demokratischer Reformen ist die Einschränkung des unabhängigen Journalismus. Außerdem hat der Druck auf die unabhängigen Medien zugenommen. Den Sendern TVi und Kanal 5 wurden die Frequenzen entzogen, um sie dem regierungsfreundlichen Kanal Inter zur Verfügung zu stellen.

Druck und Kontrolle haben auch auf die Nichtregierungsorganisationen zugenommen. Dies wirkt sich in der Form von Restriktionen ihrer Arbeit und ihrer Schlüsselakteure aus. Weit über die Ukraine hinaus bekannt wurde die vorübergehende Verhaftung des Leiters der Konrad-Adenauer-Stiftung Nico Lange, einem wichtigen zivilesellschaftlichen Vertreter. Üblich geworden sind auch Befragungen durch den ukrainischen Geheimdienst über die Tätigkeit der Nichtregierungsorganisationen. Insgesamt erinnern die innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine seit dem Amtsantritt Janukowitschs immer stärker an sowjetische Methoden der administrativen Kontrolle und Einschränkung der Demokratie zugunsten der Exekutive, und hier insbesondere der Machtministerien. So hatte Janukowitsch Posten in der Schwarzmeerflotte erneut mit den von seinem Vorgänger aus dem Land verwiesenen Mitarbeitern des russischen Geheimdienstes besetzt. Das Europäische Parlament äußerte sich kritisch zu den aktuellen Entwicklungen in der ukrainischen Innenpolitik. In einer Entschließung vom 23. November 2010 fordert das Europäische Parlament beispielsweise die staatlichen Stellen der Ukraine dazu auf „alle Berichte über Verstöße gegen Rechte und Freiheiten umfassend zu untersuchen und alle ermittelten Verletzungen zu korrigieren und die Rolle des ukrainischen Sicherheitsdienstes im Hinblick auf die Behinderung des demokratischen Prozesses zu untersuchen.“¹⁴

Von der Entwicklung der ukrainischen Außenpolitik gehen unterschiedliche und widersprüchliche Signale aus. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise hatte sich das Land an Russland angenähert und sich im April 2010 auf den Deal verbilligter Gaslieferungen aus Russland im Austausch gegen die Verlängerung des Abkommens der Schwarzmeerflotte eingelassen. In der Folgezeit widersprach Janukowitsch aber den russischen Bestrebungen, den ukrainischen Energiekonzern Naftohaz mit dem russischen Gazprom zu fusionieren. Im April 2011 scheiterte der russische Premier Putin daran, die Ukraine davon zu überzeugen der Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan beizutreten. Putin hatte den Erlass von 8 Milliarden US-Dollar für Gaslieferungen angeboten. Dieses politische

13 Susan Stewart: Überraschungen in der Ukraine. Die Demokratie auf dem Rückzug, Russland auf dem Vormarsch, in: SWP-Aktuell 73, Oktober 2010.

14 Entschließung des Europäischen Parlaments zur Ukraine, Straßburg, 25. November 2010.

Tauschgeschäft war für die Ukraine aber wegen der geopolitischen Implikationen nicht akzeptabel.¹⁵ Außerdem würde dies dem ukrainischen Interesse widersprechen, die wirtschaftlichen Beziehungen mit der Europäischen Union basierend auf dem Assoziierungsabkommen von 2011 zu intensivieren. Die damit verbundenen Vorteile sind nur schwer mit den Widersprüchen eines Landes zu vereinbaren, dass sich politisch zerrissen zwischen der Europäischen Union und Russland orientiert.

Republik Moldau

Verglichen mit den anderen Staaten in der östlichen Nachbarschaft der Europäischen Union wird die Republik Moldau sowohl von Experten als auch Lobbyisten als das positivste osteuropäische Beispiel der Transformation und Orientierung nach Europa bewertet.¹⁶ Seit der Abwahl der Regierung unter Präsident Varonin im April 2009 orientiert sich das Land eindeutiger als bisher auf die Europäische Union und versucht sich in der Transformation an den europäischen Normen auszurichten. Dabei gilt es die strukturellen Grundsatzprobleme des Landes zu überwinden. Von besonderer Bedeutung ist hier einerseits der Transnistrienkonflikt sowie andererseits die Wahl einer parlamentarischen Mehrheit, die gemäß dem Regierungssystem des Landes in der Lage ist, einen Präsidenten zu ernennen. Seit den Parlamentswahlen im April 2009 ist es nicht gelungen, eine für die Wahl des Präsidenten erforderliche Mehrheit zu gewinnen, und dies obwohl im Juni 2009 und im September 2010 Neuwahlen durchgeführt wurden.

Während es der Republik Moldau formal gesehen nicht gelingt, seine strukturellen Problem zu bewältigen, sind dennoch Fortschritte in der europäischen Integration zu erkennen – und das Land bemüht sich, die Konditionen für ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu erfüllen. In diesem Zusammenhang zeichnen sich Fortschritte auf allen Ebenen ab, vor allem dem politischen Dialog, Justiz und innerer Sicherheit, wirtschaftlicher Zusammenarbeit und der gesellschaftlichen Kooperation.¹⁷ Die innenpolitische und wirtschaftliche Lage des Landes bleibt zwar zum Teil undurchsichtig und die Setzung außenpolitischer Prioritäten ist geprägt durch ein Lavieren zwischen Moskau und Brüssel. Dennoch hat die polnische Regierung die Annäherung der Republik Moldau zu einer Aufgabe ihrer Ratspräsidentschaft erklärt.¹⁸

Weiterführende Literatur

- Halbach, Uwe/Kamran Musayev: EU-Aserbaidshans: Nicht nur Energiepartner. Politische Reformen und friedliche Konfliktbearbeitung sollen mehr Gewicht bekommen, in: SWP-Aktuell 11, Februar 2011.
- Jarabik, Balazs/Jana Kobzova/Andrew Wilson: The EU and Belarus after the Election, in: European Council on Foreign Relations, Policy Memo, Januar 2011.
- Katarzyna Peczyska-Nacz: Integration or imitation? EU policy towards its Eastern Neighbours, OSW Studies, 04/2011.

15 Gazprom und die Ukraine: Gaspreissenkung für Beitritt zur Zollunion, Newsletter Deutsche Beratergruppe, Nr. 33, Mai 2011.

16 Nicu Popescu, Andrew Wilson: Turning Presence into Power: Lessons from the Eastern Neighbourhood, ECFR Policy Paper, May 2011.

17 Second Joint Progress Report. Negotiation on the EU-Republic of Moldova Association Agreement, Chisinau, 11. April 2011.

18 Andrew Rettman; Russian decision boosts Moldova's EU entry prospect, in: euobserver, 30.3.2011.

Shumylo-Tapiola, Olga: Ukraine and Russia: Ever Closer Neighbors?, Carnegie Policy Outlook, Juni 2011.

Dies.: EU and Moldova: Can Both Partners Get „More for More“?, Carnegie Commentary, Juni 2011.

Stewart, Susan: Russische Außenpolitik im postsowjetischen Raum. Das Baltikum, die westliche GUS und der Südkaukasus im Vergleich, SWP-Studien 2010/S 05, März 2010.

Periodika:

Caucasus Analytical Digest, <http://www.laender-analysen.de/index.php?topic=caucasus&url=http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Eastern Partnership Community, <http://www.easternpartnership.org/>

Nations in Transit, Freedom House, <http://www.freedomhouse.org/>

Ukraine Analysen, <http://www.laender-analysen.de/index.php?topic=ukraine&url=../ukraine/home.html>